

# Das Dilemma der Bunten Republikaner



Ganz klar: Die

Ansiedlung des Islams in Deutschland ist ein Unrecht, ein schwerer Verstoß gegen staatliche Sorgfalts- und Schutzpflichten. Jeder, der sich an dieser Ansiedlung beteiligt, ist schuldig. Aber: Die Führer unserer Bunten Republik sind keineswegs mehr Herr im eigenen Haus. Über zahlreiche Mittelsmänner wird die Siedlungspolitik der Bunten Republik längst von der Türkei bestimmt. Unsere Bunten Republikaner stehen daher vor dem Dilemma: Entweder innehalten und dadurch die eigene Schuld eingestehen, mit allen strafrechtlichen Konsequenzen. Oder weiterhin im Bündnis mit Ankara die Ansiedlungspolitik noch radikaler vorantreiben und darauf hoffen, dass eine möglichst rasche Islamisierung und Stärkung des türkischen Machteinflusses sie vor Nürnberg 2.0 bewahrt. In dieser Lage wählt die Bunte Truppe das für sie kleinere Übel.

*(Von M. Sattler)*

Die aufgesetzt wirkende Jubelei anlässlich der 50-jährigen Unterzeichnung des Abkommens über türkische Gastarbeiter hat nicht nur politisch Inkorrekte verstört, sondern auch den eher unpolitischen Durchschnittsbürger. Der Würzburger Flaggenpuk war an Grotteske kaum zu überbieten. Kein Mensch in Deutschland

glaubt das amtliche Lügenmärchen, die auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders der 60er Jahre zugereisten jugoslawischen und türkischen Fabrikarbeiter hätten Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut. Dass der Staat so offensiv lügt und vor allem beim Thema Islam anfängt, Dinge bemüht schönzureden, die nicht schön sind, geht selbst gemäßigten Linken und Linksliberalen auf die Nerven. Warum also gibt sich der Staat diese Blöße? Warum manövriert er sich so bereitwillig in die Sackgasse einer allzu durchschaubaren Unglaubwürdigkeit? Warum riskiert er den Vertrauensbruch gegenüber den Deutschen?

Die Antwort ist einfach: Weil dem Staat gar keine andere Wahl mehr bleibt als die gute Miene zum bösen Spiel. Nach über 40 Jahren hemmungsloser Siedlungspolitik wissen auch die Bunten Republikaner, dass sie sich verrannt haben und der Karren tief im Dreck steckt. Wir werden nicht von dummen Leuten regiert: Wer es bis an die Spitze der Politik schafft, ist mit allen Wassern gewaschen und ein politischer Tausendsassa, der zwar nicht klug sein muss, aber den richtigen Riecher für politische Entwicklungen hat. Was jeder Durchschnittsbürger weiß, dass nämlich die zwanghaften Parolen von Multikulti ins Leere laufen, weil weder Deutsche noch Türken ernsthaft Multikulti wollen, weiß man im Bundeskanzleramt auch. Dass es in Deutschland No-go-Areas für Deutsche gibt, ist auch im Bundespräsidialamt bekannt. Und dass die Zigtausende von islamischen Vorkämpfern und türkischen Grauen Wölfen den einsamen Wölfen der Handvoll echter deutscher Neonazis an Mannstärke und flächendeckender Gewaltbereitschaft um ein Vielfaches überlegen sind, auch wenn sie derzeit noch an der Kette liegen, ist im Bundesinnenministerium eine Binsenweisheit. Man braucht einem Staat nicht zu erklären, wie es im Land aussieht.

Aber was soll die Bunte Bande tun? In den Abendnachrichten vor das Volk treten und zugeben: Ja, wir haben euch erst mit der Geschichte von den „Gastarbeitern“ belogen, dann haben wir euch mit der Geschichte vom „Asyl“ belogen, dann haben wir

euch mit der Geschichte von der „Integration“ belogen, aber jetzt sehen wir unsere Fehler ein und bitten höflich um Entschuldigung? Dann greift sofort Nürnberg 2.0: Natürlich, der Staat hat durch seine radikale Massenansiedlung von Kulturträgern einer selbsterklärt gewaltbereiten Ideologie eine schwerwiegende Verletzung seiner Sorgfaltspflicht begangen – welche strafrechtlichen Folgen also ergeben sich für die Beteiligten? Und statt die Deutschen zu schützen, hat der Staat durch Ansiedlung von Kulturträgern einer sich zu militärischen Mitteln bekennenden, expansiv ausgerichteten Ideologie eine physische Gefahrenlage für die Deutschen sogar aktiv herbeigeführt, d.h. gegen die allerhöchste Pflicht verstoßen, die ein Staat überhaupt hat: die Pflicht, das ihm vertrauende Volk zu schützen! Welche juristischen Konsequenzen hat dies nun für die Verantwortlichen? Und statt die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung der Deutschen zu verteidigen, hat der Staat durch Massenansiedlung ausländischer Staatsbürger mit Loyalität zu fremden Staaten die Deutschen dem Risiko der politischen Fremdbestimmung ausgesetzt – ist hier nicht sogar der Straftatbestand des Hochverrats erfüllt? Aus Sicht unserer Bunten Staatsführung gilt es also solchen Fragen unbedingt aus dem Weg zu gehen und alles, wirklich alles zu tun, damit sie niemals im Rahmen eines juristischen Verfahrens gestellt werden.

Die Alternative zu Nürnberg 2.0 heißt deshalb: Weitermachen um jeden Preis. Dieser Preis ist der Pakt mit dem Islam und dem radikalen Türkentum. Natürlich weiß der Bundesinnenminister, dass es sich bei den Vertretern der „Türkischen Gemeinde“ zum großen Teil um türkische Nationalisten und Rechtsextremisten handelt, aber er sitzt lieber mit türkischen Rechtsextremisten am Tisch als vor Nürnberger Richtern. Und natürlich weiß die Bundeskanzlerin, dass die Türkei die Themen „Islam“ und „Integration“ geschickt dazu nutzt, in Deutschland eine eigene nationale Infrastruktur zu errichten und ihre mitteleuropäische Machtbasis auszubauen. Aber sie weiß auch, dass sich der türkische Ministerpräsident, dem sie gerade die

Hand schüttelt, nur zu räuspern braucht, um in jeder beliebigen deutschen Stadt augenblicklich völlig unkontrollierbare türkische Massendemonstrationen auszulösen, ein Mann also, der schon heute über mehr innenpolitische Macht in Deutschland verfügt, als jemals ein anderer ausländischer Staatsführer der letzten Jahrhunderte deutscher Geschichte – von Napoleon und Stalin abgesehen. Und sie schüttelt lieber diesem Mann die Hand und beugt sich seinen noch so frechen Forderungen, als irgendwann einem Strafrichter erklären zu müssen, warum nach Paris und London nun auch in Berlin die Häuser brennen, erstmalig seit 1945 und ausgerechnet in ihrer Amtszeit, nachdem sich nämlich besagter Mann geräuspert hat.

Die Bunte Truppe handelt also völlig rational: Sie wählt das für sie kleinere Übel. Nürnberg 2.0 im Nacken und angesichts der zunehmend düsteren multikulturalistischen Wirklichkeit mit dem Rücken zur Wand greifen die Bunten Republikaner nach dem einzigen Strohalm, der ihnen langfristig Verschonung verspricht: das offensive Bündnis mit dem politischen Islam und machthungrigen, latent feindseligen Staaten wie der Türkei. Dieses Bündnis mit politisch zwielichtigen Akteuren muss den Deutschen verkauft werden. Die immer schrilleren Durchhalteparolen, das immer geballtere Flächenbombardement mit Bunter Propaganda sind daher Ausdruck eines verzweifelten Versuchs, die skeptischer und misstrauischer werdenden Deutschen in diese Allianz zwischen Staat und wenig freundschaftlichen Kräften mit hineinzuzwingen, sie aus der Rolle des Anklägers in die Rolle des Mittäters zu drängen. Das demonstrative Bekenntnis zum Islam, die Berufung ultrarechter türkischer Nationalisten in Ministerämter, das öffentliche Hissen türkischer Nationalflaggen – all dies ist nichts anderes als die Vorwärtsverteidigung einer gescheiterten Herrscherklasse.